

sich (wieder...) als Emanzipationskonzept etablieren: Befreiung des Menschen von Fremdbestimmung und Bevormundung. Eine solche emanzipatorische Entwicklung hat Voraussetzungen, z.B. ein ausreichendes Maß materieller Sicherheit, denn nur unter dieser Voraussetzung können sich Menschen fair und gerecht begegnen. Dazu gehört uneingeschränkte Chancengleichheit bei der Entwicklung ihrer Talente und Fähigkeiten sowie eine Politik der Generationengerechtigkeit, die sicherstellt, dass die Lebensgrundlagen für nachwachsende Generationen erhalten bleiben.

Eine solche Linke muss wieder zum Träger von Richtungsfragen und Richtungsdebatten werden. Sie muss das »Prinzip Hoffnung« (Ernst Bloch) und das »Prinzip Verantwortung« (Hans Jonas) miteinander verbinden. Das fordert Mut, Konfliktbereitschaft, Klarheit im Denken und Handeln. Und es bedarf einer intellektuellen Stärkung und Erneuerung. Die Linke darf sich nicht der »Diktatur der Alternativlosigkeit« beugen, sondern muss wieder Ort des Diskurses, der Neugier und der Suche

werden. Unsere Gesellschaft steht national und global vor vielen Richtungsfragen, die Richtungsantworten erfordern. Eine Linke ist nur dann wieder attraktiv, wenn ihr genau dies gelingt: Die richtigen Fragen zu stellen und schlüssige Antworten zu geben.

Dabei muss ihr vor den Konservativen und Liberalen nicht bange sein. Die schwarz-gelbe »Wunschkoalition« in Berlin führt uns täglich eindrucksvoll vor, mit welcher geringer programmatischer und strategischer Substanz sie ausgestattet ist. Das neue konservativ-liberale Bündnis in England ist nicht Ergebnis eines bewussten und organisierten Prozesses. Das mag Vorteile bieten, weil sich die Erwartungen in überschaubaren Grenzen halten. Aber irgendwann werden nicht nur die Medien, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger feststellen, dass es nicht ausreicht, »smart« wie Cameron oder Clegg zu sein, sondern dass die realen Probleme eine nachhaltige Lösung verlangen. Dafür muss sich aber auch die SPD zuerst an ihre eigene Nase fassen. Sie muss noch einiges leisten, damit sie wieder um ihrer selbst Willen gewählt wird.

Jürgen Näther

## Wer hat Angst vor der Primarschule?

*Am 18. Juli findet in Hamburg der Volksentscheid über die Einführung der Primarschule statt. Während bei den Parteien, der Wissenschaft und den Gewerkschaften breite Einigkeit über die Vorzüge des neuen Systems besteht, ist bei den »Betroffenen« (Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern) noch viel Überzeugungsarbeit vonnöten, um deren Bedenken auszuräumen. Warum ist das so?*

Nie zuvor hat ein bildungspolitisches Reformvorhaben eine so breite Zustimmung gefunden wie die Einführung der Primarschule in Hamburg. Alle Fraktionen der Bürgerschaft und die sie tragenden Parteien haben eine gemeinsame Linie entwickelt. Unter den maßgeblich von der SPD geforderten und durchgesetzten Vo-



**Jürgen Näther**

(\*1938) war Referent in der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung und bis 2003 Leitender Regierungsdirektor.

juergen.naether@gmx.de

raussetzungen – die Klassengrößen werden reduziert, das Büchergeld wird abgeschafft und die am Ende der Klasse 6 zu treffende Wahl der Schulform bleibt Sache der Eltern – wird man gemeinsam für das Projekt Primarschule eintreten. So viel Einigkeit war nie!

Die Wissenschaft, dies hat ein Hamburger Kongress vor kurzem noch einmal bestätigt, unterstützt längeres gemeinsames Lernen nahezu einhellig. Nach »herrschender Meinung«, so würden Juristen sagen, gilt die Weiterentwicklung der Hamburgischen Grundschule zur sechsjährigen Primarschule als Schritt in die richtige Richtung. Im Detail mag es Differenzen geben. Renommiertere Fachleute, die Einwände gegen die Linie insgesamt vortragen und begründen, finden sich kaum. Für Fachgremien gilt gleiches. Eltern-, Schüler- und Lehrerkammer befürworten die Primarschule eindeutig und einhellig.

Auch die Gewerkschaften – nicht nur die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, sondern tatsächlich *die* Gewerkschaften – treten für längeres gemeinsames Lernen ein. Dass Organisationen wie der Hamburger Lehrerverband und der Philologenverband die Verlängerung des gemeinsamen Lernens als Angriff auf das Gymnasium betrachten und deshalb ablehnen würden, hat wohl niemanden überrascht. Bemerkenswert ist auch das eindeutige Eintreten der Handwerkskammer für die Primarschule. In den von ihr repräsentierten Betrieben wird offenkundig gesehen, dass wir es uns nicht weiter leisten können, einen nennenswerten Teil der Schülerschaft durch Aussonderung und Abschiebung in die Resignation zu treiben, indem man ihnen bedeutet, sie würden nicht gebraucht. Im Gegenteil, das weiß auch die Handwerkskammer: Wir brauchen alle.

Und die Handelskammer? Sie hat, so scheint es, vorrangig die Leistungsstarken im Blick und verkennet, dass die optimale Förderung aller auch in ihrem Interesse

liegt. Wenn man zudem zur Kenntnis nimmt, dass *elder statesmen/women* wie Klaus von Dohnanyi und Rita Süßmuth den Reformgegnern vorhalten, sie übersähen die weltweite Entwicklung und hielten an veralteten Positionen fest, dann fragt man sich: Warum gibt es nach wie vor eine weit verbreitete Angst vor den anstehenden Veränderungen unseres Schulwesens?

### **Eliteförderung – der falsche Weg**

Welche Motive mögen diejenigen bewegen, von denen befürchtet werden muss, dass sie gegen oder jedenfalls nicht für die Primarschule stimmen werden? Der langfristige Trend, der den Anteil junger Menschen mit qualifizierten Schul-, Studien- und Berufsabschlüssen ständig hat wachsen lassen und, wie aktuelle Statistiken beweisen, weiterhin wachsen lässt, wird von einem Teil des sich als Elite verstehenden Bürgertums als bedrohlich empfunden. Während »früher« der Besuch von Gymnasium und Universität den Einstieg in ein finanziell ertragreiches Berufsleben garantierte, sieht sich ein erheblicher Teil der heutigen Hochschulabsolventen einer als bedrohlich empfundenen Konkurrenz ausgesetzt. So gesehen, erscheint ihnen eine Schulstruktureform problematisch, die auf weitere Steigerung des allgemeinen Qualifikationsniveaus zielt. Wie die neuere Eliteforschung zeigt, lassen sich von derartigen Überlegungen nicht nur das etablierte Bürgertum, sondern auch ein Teil derer leiten, die für sich und ihre Familien den sozialen Aufstieg anstreben und sich quasi im Vorgriff mit den vermeintlichen Leistungsträgern identifizieren.

Nach wie vor ist auch die Haltung anzutreffen, wonach die Bildbarkeit der Menschen nun einmal beschränkt und es deshalb ökonomisch unsinnig wäre, Abiturienten- und Studierendenquoten von über 50 % anzustreben. Vielmehr müsse im Mittelpunkt aller bildungspolitischen Bemü-

hungen eine gezielte Eliteförderung stehen; und die Förderung der Leistungsstarken, so wird fälschlicherweise angenommen, vertrage sich eben nicht mit Ansätzen wie denen des längeren gemeinsamen Lernens. Ist es zufällig, wenn man sich in diesem Zusammenhang an die Vorschläge der schwarz-gelben Bundesregierung zu »Begabtenstipendien« erinnert fühlt?

### **Zu viel zur gleichen Zeit auf den Weg gebracht?**

Eine erhebliche Bedeutung wird man der verbreiteten prinzipiellen Abneigung gegenüber Strukturreformen welcher Art auch immer beimessen müssen; und dies gilt allemal für Veränderungen, von denen sich eine große Zahl von Menschen betroffen fühlt. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und andere ihnen nahe stehende Personen – wenn es nicht gelingt, in diesem Kreis deutlich zu machen, dass angestrebte Änderungen nicht nur nichts schaden, sondern eindeu-

tig nutzen, wird es im Falle eines Volkstentseides schwer, die notwendigen Mehrheiten zu erreichen. Leider hat die Bildungsbehörde ihre Bediensteten und die Öffentlichkeit mit einem Reformeifer konfrontiert, der einerseits verständlich ist – schließlich will man ein erstmals errungenes Mandat möglichst umfassend nutzen –, andererseits fühlen sich nicht wenige Betroffene durch die Zahl der Maßnahmen und deren nicht immer ausreichende Vorbereitung so genervt, dass sich Widerwillen gegen jedwede Veränderung breit macht. Die mit viel Unklarheit versehene Neuregelung der Beschulung behinderter Kinder (»Inklusion«), die Reorganisation der Tagesbetreuung für Schulkinder und die kürzlich zurückgenommene Initiative zur Reform des Zeugniswesens sind Beispiele dafür, wie das wirklich große Ziel, die Einführung der Primarschule, in Gefahr gebracht wird, weil zu viel zur gleichen Zeit auf den Weg gebracht werden soll.

Dass die Einführung der Primarschule nicht zum Null-Tarif zu haben ist, leuchtet ein. Klar ist auch, dass das Kostenvolumen

und insbesondere der Aufwand für bauliche Maßnahmen vorerst nur grob geschätzt werden können. Wer an dieser Stelle Vergleiche mit der Elbphilharmonie anstellt, muss sich fragen lassen, welches seine wirklichen Argumente gegen die offenbar nicht gewollte Primarschule sind und in welcher Höhe er die finanziellen Auswirkungen eines Verzichts auf eine Qualifizierung unseres Schulsystems veranschlagen würde.

Man sieht: Es gibt Argumente und Scheinargumente, ernsthafte Sorgen und vorgeschobene Bedenken, die sich bei näherem Hinsehen als verkappte Versuche offenbaren, Privilegien zu verteidigen. Eben deshalb ist die Diskussion so schwierig und ihr Ergebnis so ungewiss.

Vielleicht hilft es, wenn sich die Argumentation der Reformbefürworter auf das

Wesentliche konzentriert: Längeres gemeinsames Lernen vermeidet frühzeitige Aussonderung und erhöht die Qualifizierungschancen vor allem jener, die im Elternhaus nur unzureichend gefördert werden. Längeres gemeinsames Lernen benachteiligt niemanden. Es ist empirisch vielfach belegt: Auch leistungsstarke Kinder können sich in einer Schule, die nicht aussondert, sondern individuell fördert, ihren Fähigkeiten entsprechend entwickeln. Längeres gemeinsames Lernen ist am Ende im Interesse aller. Indem die Primarschule hilft, sozialer Desintegration entgegenzuwirken, leistet sie einen Beitrag zur Entwicklung einer freien und sozialen Gesellschaft, die den Schwachen das Leben in Ghettos und den Wohlhabenden den Rückzug in umzäunte Villenviertel erspart.

*Analysen:*

*György G. Márkus*

## **Ungarn nach den Wahlen – eine illiberale Demokratie**

*»...Die Dualität des Systems ist im Verschwinden, dabei entsteht ein zentrales politisches Kräftefeld. Die reale Chance ist da, dass die nächsten 15-20 Jahre der ungarischen Politik nicht von einem dualistischen Kräftefeld bestimmt werden, ... mit ständigen Wertedebatten, spaltenden, kleinlichen und überflüssigen gesellschaftlichen Folgen... Stattdessen entsteht... eine große Regierungspartei, die fähig wird, die nationalen Angelegenheiten zum Ausdruck zu bringen. Und das tut sie nicht in permanenter Debatte, sondern vertritt diese in ihrer eigenen Natürlichkeit.«*

*(Viktor Orbán, Rede in Kötse, September 2009)*

### **György G. Márkus**

(\*1938) ist Professor für politische Soziologie am *Budapest College for Management*, Senior Researcher der Ungarischen Akademie der Wissenschaften.

gmarkusg@axelero.hu



Die Parlamentswahlen im April 2010 haben die Kräfteverhältnisse drastisch verändert. Die Rechte hat – dem Erringen der kulturellen Hegemonie folgend – eine politische Hegemonie erreicht, die sie so bald nicht verlieren wird. Außer der triumphierenden nationalpopulistisch/konservativen Partei Fidesz Viktor Orbáns mit ihrer